

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2019 Nr. 177

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Das neue Jahr bringt bereits einen ersten grossen Erfolg für die GSoA – die Korrektur-Initiative ist gut gestartet und auf bestem Weg, bald fertig gesammelt zu werden. Mehr zur Kehrtwende des Bundesrates bei den Kriegsmaterialexporten, wieso die Allianz die Initiative trotzdem laciert hat und unseren neuen Sammelmethode n leste ihr auf dieser und der nächsten Seite. Auf der Seite 4 berichten wir über den aktuellen Stand der Kampffjet-Debatte und über die diversen Versuche, doch noch eine Referendumsabstimmung zu verhindern. Zusätzlich beschäftigt uns die neue Bundesratszusammensetzung mit einer Glosse über die Schutzpatronin der GSoA und einer ersten Einschätzung der Auswirkungen der Departementsverteilung.

Auf Seite 5 findet ihr die neusten (nicht nur Spesen-)Skandale aus dem Saftladen VBS und Informationen darüber, wie eng die Schweizer Luftwaffe mit der Nato zusammenarbeitet. Und bleiben wir weiter in der Luft: Die Firma Pilatus unterstützt die Saudische Luftwaffe – Schweizer Gesetze beachten? Fehlanzeige.

Endlos scheinen die Aktivitäten zum Reinwaschen und dem Geschichtsrevisionismus rund um die Geheimarmee P-26. Mehr zu unserem Widerstand dagegen auf Seite 6. Dazu gesellen sich die tödlichen Folgen erfundener Traditionen, die uns mit dem Referendum zum Waffengesetz bereits im Mai in einer Abstimmung beschäftigen werden.

Der französische Journalist Daniel Mermet demaskiert in seinem Text (Seite 7) über den 1. Weltkrieg die Heldenrhetorik, mit der in den Tod gezwungene Soldaten als Vorbilder stilisiert wurden, um nachfolgende Generationen zum selben Schicksal zu verurteilen.

Leider müssen wir uns bereits wieder von Mitarbeitenden verabschieden, doch freuen wir uns auch darauf, gleich zwei neue SekretärInnen begrüßen zu dürfen (Seite 8).

Abschliessend möchten wir euch alle bereits frühzeitig herzlich zur jährlichen GSoA-VV einladen: Notiert euch doch den 7. April 2019 und das Restaurant Kreuz in Solothurn – eine gute Gelegenheit andere gsoatisch aktive Menschen kennen zu lernen und gemeinsam ein feines Mittagessen zu geniessen (siehe beiliegenden Flyer).

Ein spannendes Leseerlebnis wünschen

Adi Feller und das gesamte Redaktionsteam

AKTION

Nikolauspost für StänderätInnen

(nf) Am 26. September wurde die Motion der BDP mit dem Titel «Verbreiterung der demokratischen Basis von Waffenexporten» vom Nationalrat angenommen. Der Ständerat sollte sich deshalb seinerseits am 6. Dezember zu diesem Vorschlag äussern. Wegen des negativen Entscheids der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates war jedoch unklar, ob die Motion angenommen würde. Mit seinem einstimmigen Entscheid, den Vorschlag zur Neuüberprüfung an die Kommission zurückzuweisen, zeigte die kleine Kammer klar,

dass sie dem Nationalrat nicht folgen wollte. Als Reaktion darauf traf sich eine Gruppe Samichläuse mit einem Transparent auf dem Bundesplatz. Sie übergaben dem Sicherheitsdienst des Bundeshauses Briefe, die an jedes einzelne Ständeratsmitglied adressiert waren und in denen sie ihrem Unmut Ausdruck verliehen. Der Ständerat hätte die Chance gehabt, der Polemik rund um das Thema der Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer ein Ende zu setzen. Er entschied sich jedoch vorerst dagegen, indem er seine Debatte zu diesem Thema vertagte.



KORREKTUR-INITIATIVE

Erster nationaler Sammeltag gegen Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer!

Die eidgenössische Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer wurde am Dienstag 11. Dezember 2018 lanciert. Bereits vier Tage später, am 15. Dezember, fand der erste nationale Sammeltag statt. Von Michael Christen

Die Planung begann bereits vor der eigentlichen Lancierung der Initiative. Eine Woche vor dem 11. Dezember trafen sich 15 AktivistInnen der GSoA aus verschiedenen Regionalgruppen in Zürich zu einem Telefonanlass. Zuvor hatten sich die Interessierten auf einen Newsletter gemeldet und zugesagt, einen Sammelanlass durchzuführen. Diese Art der Mobilisierung wurde von der GSoA zum ersten Mal so getestet. Total wurden an diesem Tag über 200 Personen antelefoniert und mit den Worten «Guten Tag, ich bin vom Kampagnenteam gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer, helfen Sie mit einem Sammelanlass zu organisieren?» begrüsst.

Gesamthalt fanden an diesem Samstag schliesslich 105 Sammelanlässe in der ganzen Schweiz statt, davon 78 in der Deutschschweiz, 22 in der Romandie und fünf im Tessin. Schön zu sehen war, dass die Anlässe nicht nur wie bei anderen Initiativen häufig in den Städten und Agglomerationen stattfanden, sondern auch in ländlichen Gegenden gesammelt wurde: Von Aarau über Biglen, Bellinzona, Ganter-

schwil, Pontresina und Verrière bis nach Winterthur und Zürich, um nur einige Orte zu nennen. Dies natürlich auch Dank der tatkräftigen Hilfe der vielen Allianzorganisationen.

Obwohl es an dem Tag bitterkalt war und mancherorts schneite, lief der Sammeltag dermassen erfolgreich, dass die Leute anstehen mussten, um unterschreiben zu dürfen. Total wurden an diesem Tag in der ganzen Schweiz 8000 Unterschriften gesammelt.

Es scheint als habe die Stimmbevölkerung richtiggehend auf diese Initiative gewartet um sich gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer wehren zu können. Dies alles wäre ohne die unglaubliche Unterstützung der vielen freiwilligen HelferInnen, AktivistInnen und SpenderInnen nicht möglich. **Vielen Dank an alle Beteiligten!**



BERN

Ostermarsch 2019

(nf) Der nächste Ostermarsch findet am 22. April 2019 in Bern statt. Die TeilnehmerInnen werden sich am frühen Nachmittag beim Eichholz treffen und anschliessend der Aare entlang bis zum Münster spazieren. Dort erwartet sie gemütliches Beisammensein mit Musik und Reden. Das Thema des diesjährigen Ostermarschs ist «Frieden statt Waffen exportieren». Die Schweiz ist nämlich, an der Anzahl EinwohnerInnen gemessen, der viertgrösste Waffenexporteur weltweit. Dieses Kriegsmaterial gerät jedoch viel zu oft in die falschen Hände und befeuert Konflikte in vielen Regionen, wie man unlängst erschienenen Medienberichten entnehmen konnte. Das internationale Ansehen der Schweiz ihrerseits beruht unter anderem auf ihrem Engagement zugunsten des Friedens, ihrem diplomatischen Know-how und ihrer Neutralität. Indem sie Kriege unterstützt, widerspricht die Schweiz ihrer Rolle als Friedensförderin. Es ist an der Zeit, auf Kriegsmaterialexporte zu verzichten, und so dieser Doppelmoral ein Ende zu setzen!

ZÜRICH

Reges Interesse am Thema Kriegsmaterialexporte

(ll) Am 16. November organisierte die Regionalgruppe Zürich einen Informationsabend zum Thema Kriegsmaterialexporte. Fast 40 Personen nahmen am Anlass im Zentrum Karl der Grosse teil.

Das Thema Kriegsmaterialexporte ist momentan in aller Munde: Ruag-Handgranaten tauchen in Syrien auf, Länder mit Beteiligung am Jemen-Krieg erhalten noch immer Schweizer Waffen und der Bundesrat wollte sogar Waffenexporte in Bürgerkriegsländer erlauben – doch riesiger Widerstand aus der Bevölkerung brachte den Bundesrat zum Einlenken. Zudem stand Mitte November die Lancierung der Korrektur-Initiative kurz bevor. Darum entschied sich die GSoA-Regionalgruppe Zürich, mit einem öffentlichen Veranstaltung

interessierten Personen Argumente gegen Kriegsmaterialexporte mit auf den Weg zu geben.

Am Informationsabend selbst nahmen viele Menschen teil, welche bis anhin mit der GSoA nur selten in Berührung gekommen sind. Auch dies zeigte uns, dass der Bevölkerung das Thema Kriegsmaterialexporte momentan unter den Nägeln brennt. Im Anschluss an die Präsentation folgten noch viele engagierte Diskussionen und Gespräche während des reichhaltigen Apéros.

Sind Sie in einem Verein oder in einer Partei organisiert? Gerne kommen wir auch bei Ihnen vorbei, um einen Input zum Thema Kriegsmaterialexporte und zur Korrektur-Initiative zu halten. Melden Sie sich bei gsoa@gsoa.ch!

LANCIERUNG

Trotz Manövern und Kehrtwenden

Der massive Druck der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer hat gewirkt: Der Bundesrat ist eingeknickt und dem Ständerat liegt zurzeit eine Motion vor, mit deren Annahme viele Forderungen der Allianz erfüllt wären. Warum haben wir die Korrektur-Initiative trotzdem lanciert? Von Ronja Jansen

Als der Bundesrat im Frühling angekündigt hat, neu Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben, schlug ihm eine massive Welle der Empörung entgegen. Der Widerstand formierte sich in der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer. Es dauerte nur wenige Monate bis der Bundesrat unter dem enormen Druck der Bevölkerung zurückkrebste und seinen Entscheid revidierte. Konsequenzen wurden auch im Parlament gezogen: Der Nationalrat hat eine Motion der BDP angenommen, die verlangt, dass Waffenexporte neu auf Gesetzesebene geregelt werden und der Bundesrat seine alleinige Entscheidungskompetenz verliert. Wird die Motion auch vom Ständerat abgesegnet, erhält die

Bevölkerung damit die Möglichkeit, künftige Lockerungen per Referendum zu verhindern. Die zahlreichen gebrochenen Versprechen und Meinungswechsel des Bundesrats haben bewiesen, wie nötig dieser Schritt ist.

Die Allianz hat sich immer klar geäussert: Falls die Motion der BDP von beiden Räten definitiv angenommen wird und im Anschluss die Waffenexportkriterien in einem Gesetz festgelegt werden, ist das Anliegen der Korrektur-Initiative erfüllt. Auf eine allfällige Teil-Annahme der Motion durch den Ständerat warten wir aber noch heute. Unter dem Vorwand eine Kompromisslösung zu prüfen, hat der Ständerat die Motion an die zuständige Kommission zurückgewiesen. Auch wenn – entgegen der Erwartungen – der Ständerat die Motion teilweise annehmen würde, müsste im Anschluss trotzdem nochmals der Nationalrat darüber entscheiden. Zu guter Letzt müsste der Bundesrat einen Gesetzesentwurf vorlegen. Erst wenn dieser Gesetzesentwurf von beiden Räten verabschiedet würde und die roten Linien der Korrektur-Initiative im Gesetz aufgenommen worden wären, könnte auf eine

Volksabstimmung verzichtet werden. Darum war die Allianz nicht bereit, noch mehr Zeit verstreichen zu lassen. Anfang Dezember hat sie deshalb die Korrektur-Initiative lanciert.

Klare Forderungen

Wir wollen, dass die schändlichen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ein für alle Mal vom Tisch sind und Waffenexporte in Länder, die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen, endlich gestoppt werden. Analog zur Motion der BDP verlangt die Initiative ausserdem, dass die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung ausgebaut wird und die wichtige Frage der Waffenexporte endlich im Gesetz geregelt wird. Eines können wir schon heute mit Sicherheit sagen: Die unzähligen Unterschriften, die jeden Tag ankommen, lassen nur einen Schluss zu: Die rechte Mehrheit in Bundesbern politisiert massiv an der Bevölkerung vorbei. Verschiessen die ParlamentarierInnen weiter die Augen vor dieser Tatsache, kommt die Korrektur-Initiative schneller zur Abstimmung als ihnen lieb ist.



KRIEGSMATERIALEXPORTE

Gegen Schweizer Waffenexporte – gegen Exporte in Bürgerkriegsländer

Die Schweiz exportiert sinnvollere Güter als Kriegsmaterial. Die schleichende Aufweichung der Exportregeln muss ein für alle Mal gestoppt werden.

Von Magdalena Küng

Es gehört zum Grundverständnis militärisch geprägter Sicherheitspolitik, dass der Stabilisierungs- und Befriedungseffekt von Waffen hochgepriesen wird. Die zahlreichen und in ihrem Ausmass unvorstellbar tragischen Beispiele, die das Gegenteil beweisen, werden dabei gekonnt ignoriert. Die GSoA hat immer dagegehalten und dieser Logik ein Bild von präventiver und nachhaltiger, humanitärer Sicherheitspolitik entgegengesetzt.

Ein wichtiger Punkt dabei: Die Waffenexporte der Schweiz. Ganz abgesehen von der Tatsa-

che, dass die Exporte des Wehrtechniksektors mit einem Anteil von 0,14 Prozent an der gesamten Warenausfuhr eine verschwindend kleine Bedeutung haben, darf das Produkt «Waffe» nicht mit anderen gleichgesetzt werden. Waffen und Waffensysteme sind so konzipiert, dass sie möglichst lange möglichst tödlich sein können. Das heisst im Klartext, dass Waffen, die in der Schweiz produziert und in ein anderes Land geliefert werden, auch in 50 Jahren noch einsatzfähig sind. Und auch wenn das Empfängerland zum Zeitpunkt des Exports in keinerlei Konflikte verwickelt war, so kann sich diese Situation ändern.

Schweizer Waffen gehören nirgendwohin

Exporte in Krisengebiete oder an Länder, die auf dem eigenen oder in anderen Territorien

Kriegs- oder Konfliktpartei sind, zeigen noch eine ganz andere Seite dieser zerstörerischen Medaille. Denn egal, um welche Art von Krieg oder um welchen Waffentypus es sich handelt, Kriegsmaterial in einen bewaffneten Konflikt zu pumpen, kann nur dazu führen, dass dieser verlängert wird. Kriegsgebiete sind in einer Art und Weise destabilisiert, dass die Verwendung und Weitergabe der exportierten Waffen nie mit hundertprozentiger Garantie transparent ablaufen wird.

Das war bisher auch die Haltung des Bundesrates. Mit der momentan zwar sistierten, aber grundsätzlich geplanten Lockerung der Kriegsmaterialverordnung wären Exporte zumindest in Bürgerkriegsländer in Zukunft erlaubt. Das wäre eine krasse Verschlechterung der heutigen Praxis, die auch für die GSoA nicht annehmbar ist. Deswegen beteiligt sich die GSoA an der «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer», die sich gegen eine Lockerung der Ausfuhrpraxis wehrt.

BREITE ALLIANZ

Historische Chance?

Eine breite Allianz wehrt sich gegen die Lockerung der Waffenexportpraxis – und kann grosse Erfolge verzeichnen. Die GSoA ist mit dabei. Von Magdalena Küng

Wenn es um Kriegsmaterialexporte der Schweiz geht, sind selten mehr als zwei Parteien der gleichen Meinung. Die «Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» bringt ein breites Spektrum an sonst unterschiedlichen Stimmen zusammen. Dies zeigt die Wichtigkeit ihrer Forderungen: Ein definitives Verbot von Waffenexporten an Länder, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind

oder systematisch und schwerwiegend Menschenrechte verletzen. Zudem wird mit der Aufnahme roter Linien für Waffenexporte in die Bundesverfassung die Mitsprache von Parlament und Bevölkerung sichergestellt, sollte der Bundesrat diese Linien überschreiten wollen.

Breites Bündnis, wichtige Forderungen

Die Breite des Bündnisses macht klar, dass die Forderung nach mehr Kontrolle bei Waffenexporten längst kein ausschliesslich linkes Thema mehr ist. Und genau hier liegt eine realistische Chance, zumindest die wichtigsten

Verweigerungskriterien für Ausfuhrgesuche endlich in die Verfassung zu bringen. Die Forderungen der Allianz sind kein Versuch, Schweizer Waffenexporte grundlegend zu verbieten. Darum können die Forderungen auch von Kreisen mitgetragen werden, die sich immer für eine nationale Rüstungsindustrie ausgesprochen haben. Dass das Thema der Bevölkerung unter den Nägeln brennt, zeigten die Reaktionen auf die Ankündigung der Allianz, ihre Forderungen per Volksinitiative in die Verfassung bringen zu wollen: über 50'000 Leute erklärten sich bereit, Unterschriften zu sammeln. Am 11. Dezember wurde die Initiative dann definitiv lanciert und nach einem Monat waren bereits 75'000 Unterschriften gesammelt.

Neue Sammelstrategien

Der frühe Einbezug der Bevölkerung in den Vorbereitungs- und Lancierungsprozess der Initiative ist ein Novum. Die Lancierung einer Initiative erst dann zu beschliessen, wenn eine ausreichende Unterstützung zu vermuten ist, beschleunigt natürlich den Prozess der Unterschriftensammlung. Ob sich diese Form der politischen Mobilisierung etablieren wird, wird sich zeigen. Klar ist, dass der kanalisierte Druck aus der Gesellschaft Wirkung gezeigt hat: Der Bundesrat hat das Projekt verschoben – wohl so lange, bis ein bisschen Gras über die Sache gewachsen ist. Erst die Annahme der Korrektur-Initiative kann garantieren, dass die Lockerung der Exportpraxis nicht wieder auf den Tisch kommt.

AIR 2030

Kampfjets ohne Referendum?

Das politische Seilziehen um die neuen Kampfjets fand auch in den letzten Monaten des alten Jahres kein Ende. Widersprüchliche Signale zeigen: Ob es beim 8-Milliarden-Geschäft eine Referendumsmöglichkeit gibt, ist offen.

Von Lewin Lempert

Ende November publizierte das SRF eine Recherche, wonach der damalige Noch-VBS-Vorsteher Guy Parmelin mit den bürgerlichen Parteien Gespräche führte und herausfinden wollte, ob FDP, SVP und Co. auch bereit wären, die neuen Kampfjets ohne Volksabstimmung durchzuwinken. Angesichts der hohen Ausgaben geht im bürgerlichen Lager die Angst vor einer Niederlage an der Urne um. Vergessen geht in der medialen Berichterstattung dabei oft, dass nach dem Gripen-Nein eine Abstimmung an der Urne über den Kauf neuer Kampfjets eigentlich eine demokratiepolitische Notwendigkeit ist. Damals schickte die Bevölkerung Kampfjets für 3,1 Milliarden Franken bachab – nun geht es um satte acht Milliarden. Doch anstatt einzusehen, dass die demokratisch ehrliche Lösung der Verzicht oder wenigstens eine deutlich billigere Beschaffung neuer Jets wäre, versucht Bundesrat Parmelin einen Weg zu finden, um die Bevölkerung aussen vor zu lassen. Für die FDP und die SVP – sonst diejenigen, welche sich als Hüter der Demokratie aufspielen – scheint die Frage, ob die Bevölkerung über ein 8-Milliarden-Beschaffungsprojekt abstimmen kann, völlig egal zu sein. Gemäss Medienberichten hätte der momentane Vorschlag der Bundesrates – ein Planungsbeschluss über Kampfjets und eine neue Bodenluftverteidigung (Bodluf) mit Referendumsmöglichkeit – im Parlament schlechte Chancen. Neben den linken Parteien, welche die Beschaffung neuer Kampfjets aus den gleichen Gründen wie die GSoA ablehnen, würden auch bürgerliche Parteien den Planungsbeschluss ablehnen, da diese keine Volksabstimmung wollen, hiess es beispielweise im «Tages-Anzeiger».

Parlament nimmt BDP-Motion an

Ein widersprüchliches Signal kam dann aber in der Wintersession aus dem Ständerat. Dieser nahm am 6. Dezember eine Motion der BDP an, die forderte, dass es zwingend eine Volksabstimmung über die neuen Kampfjets braucht. Da der Nationalrat die Motion im Juni 2018 schon angenommen hatte, wurde diese Forderung nun an den Bundesrat überwiesen. Die Motion fordert zudem, dass die Volksabstimmung «losgelöst von der Typenfrage» durchgeführt werden soll. Dies ist nicht im Sinne der GSoA, da die demokratischste Lösung noch immer eine Abstimmung über die konkreten Kosten, die konkrete Anzahl von Jets und den konkreten Kampfjettypus wäre. Nichtsdestotrotz ist die Annahme der Motion der BDP im Grundsatz positiv, da eine Volksabstimmung über die neuen Kampfjets zwingend ist. Nun hätte der Bundesrat den demokratischen Auftrag des Parlaments, der Bevölkerung «raschestmöglich die Grundsatzfrage der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen zu stellen», wie es im Motionstext heisst. Die Variante, Kampfjets ohne Volksabstimmung zu beschaffen, wäre nun nicht mehr «nur» ein Schlag ins Gesicht der StimmbürgerInnen, sondern auch eine Missachtung des demokratisch-parlamentarischen Willens.

Wohin führt die Reise?

Als dann Ende Jahr die Meldung kam, dass Guy Parmelin nach nur drei Jahren als VBS-Departementsvorsteher Fahnenflucht beging, war das Chaos perfekt. Wie die Beschaffung neuer Kampfjets nun weitergeht, ist unklar. Der neuen VBS-Vorsteherin Viola Amherd ist zu wünschen, dass sie die demokratiepolitischen Aspekte höher gewichtet als die Angst vor einer Niederlage an der Urne und das Geschäft der Bevölkerung unterbreitet. Auf jeden Fall ist Anfang Januar – dem Zeitpunkt, als dieser Artikel geschrieben wurde – vor allem eines oder eben gar nichts klar: Ob es zu einer Volksabstimmung über Kampfjets kommen wird, bleibt offen.

DEPARTEMENTSVERTEILUNG

Bringt die neue Chefin des VBS eine neue Politik mit sich?

Die Wahl Viola Amherds zur neuen Vorsteherin des VBS bringt viele Fragen zu ihrer Führung der Armee mit sich. Die historische Wahl einer Frau als Chefin des Verteidigungsdepartements ist zwar zu begrüßen, verrät uns jedoch leider nichts über ihre Motivation, ihr Departement zu verändern.

Von Muriel Waeger

Viola Amherds Politik der Mitte bietet keine Anhaltspunkte, wenn es um ihre politischen Ansichten in Sachen Verteidigung geht. Während ihrer Zeit als Nationalrätin waren ihre Hauptthemen Kinderschutz und Gesundheit. Dementsprechend eifrig wird um ihre Departementsführung spekuliert, insbesondere wie es weiter gehen soll mit dem Projekt Air 2030. Es ist unmöglich herauszufinden, was Guy Parmelin bis jetzt verhandelt und welche Ent-

scheidungen er bereits gefällt hat. Genauso unmöglich ist es zu wissen, ob man bei den geplanten Ausgaben von acht Milliarden Franken noch Korrekturen an der überrissenen Summe vornehmen und die vom ehemaligen Departementschef vorgesehene Verbindung mit der Boden-Luft-Verteidigung aufbrechen kann.

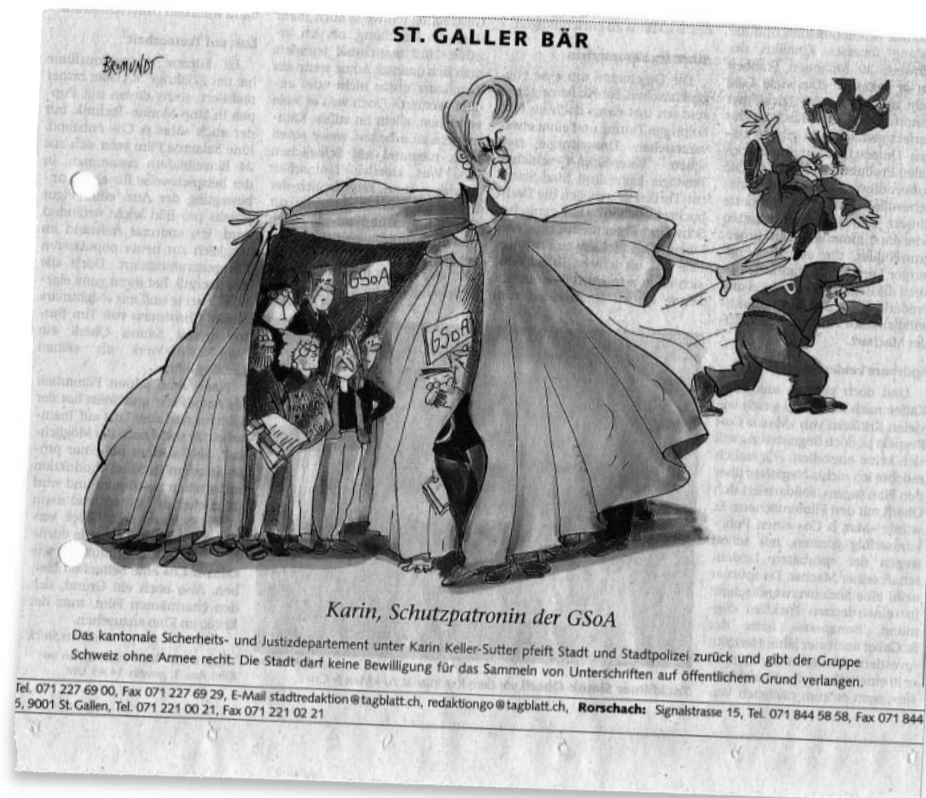
Als es noch um den Kauf der Gripens ging, hatte Amherd eine dringliche Interpellation eingereicht, in der sie sich sehr kritisch zur Wahl des Kampfjettyps und zur Vorgehensweise des Bundesrats äusserte. Sie war jedoch den finanziellen Kompensationen (welche viele Probleme aufwarfen) wohlgesinnt und stellte den Kauf neuer Kampfjets nicht in Frage.

Die Kompensationsgeschäfte für die Industrie im Rahmen des Projekts Air2030 werden ihr sicherlich am Herzen liegen, wie es bereits für

den Gripens der Fall war. Dies trotz der höheren Flugzeugpreise, die dies mit sich brächte. Die Frage, die sich nun stellt, ist Folgende: Kann sie, und will sie überhaupt, das Projekt ihres Vorgängers verändern?

Klar ist jedoch, dass sie einem Departement vorsteht, bei dem der Handlungsspielraum relativ gering ist. Zudem gehört sie einem deutlich rechts gerichteten Kollegium an: Amherd ist nun Mitglied eines Bundesrates, der dieses Jahr bereits entschieden hat, Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben. Die Wahrscheinlichkeit, dass Reformen durchgeführt werden, die die Macht der Armee begrenzen würden, ist daher nicht allzu gross.

Die Hoffnung, dass sie das Departement anders führen wird als ihre Vorgänger von der SVP ist somit gering. Doch von einer Veränderung wird man ja wohl noch träumen dürfen.



GLOSSE

Die GSoA-Bundesrätin

KKS (sprich Ka-Ka-Äss): Da schwang schon immer mehr mit als einfach nur die Initialen einer gewöhnlichen Politikerin. Jahrelang die Reizfigur Nummer eins vieler Ostschweizer Linken und «Fussball-Chaoten», gelang es ihr mit ständerätlicher Mässigung, die Bundesratswahl (im zweiten Versuch) quasi im Schlafwagen zu gewinnen. Und dies trotz (oder gerade wegen?) ihres latent an ein russisches Repetiergewehr erinnernden Kampfnamens. Vielleicht war es gerade diese phonetische Verwandtschaft, die einige Politikkommentatoren dazu verleitete, KKS nach ihrer Wahl in den Bundesrat, das VBS auf den Leib zu schreiben. Sie sollte endlich den Sau- und Selbstbedienungsladen VBS ausmisten. Wer wäre dazu besser in der Lage, als die eiserne Lady aus der Ostschweiz?

Auch in GSoA-Kreisen verfolgte man die Departementsverteilung mit Interesse. Würde mit Karin Keller-Sutter tatsächlich die offizielle GSoA-Schutzpatronin das VBS übernehmen? Diesen Titel hatte ihr das St.Galler Tagblatt 2008 verliehen, nachdem sie als St.Galler Regierungsrätin einen Rekurs der GSoA gegen die Stadt St.Gallen unterstützt hatte. Die GSoA wehrte sich gegen die Bewilligungspflicht für Unterschriftensammlungen und erhielt letztlich Recht – nicht nur von KKS, sondern abschliessend auch vom Bundesgericht. Dass unsere Schutzpatronin nun nicht im VBS gelandet ist, sondern Justizministerin wurde, muss uns nicht zu sehr bekümmern. Immerhin hat sie in gleicher Rolle auf kantonaler Ebene bewiesen, dass sie die Ausübung direktdemokratischer Rechte schützt – auch wenn die Anliegen aus der ihr gegenüberüberliegenden politischen Ecke kommen.

Felix Birchler

ARMEE

Saftladen!

Die Skandalliste 2018 der Armee ist lang: Trinkgelage an Kaderanlässen, Luxus-Heliflüge, Mobbing und beförderte Rechtsextreme. Vertrauen fördert das keineswegs, gerade auch im Hinblick auf den acht Milliarden-Blanco-Scheck für neue Kampffjets. Von Judith Schmid

Mitte November stand Armeechef Philippe Rebord in der Sendung Samstagrundschaue bei Radio SRF Rede und Antwort zum Spensskandal in der Schweizer Armee. Die Fragen waren brisant, denn es ging um Steuergelder, die für persönliches Vergnügen aus dem Fenster geworfen wurden. Wie es zu einem solchen Umgang mit öffentlichen Geldern kommen konnte, beantwortete Rebord folgendermassen: «Das ist eine Kultur, die seit Jahren plus minus existiert» und «wir haben uns zu wenig hinterfragt über die externe Wirkung.» Beschwichtigend fügte er an: «Ich entschuldige mich bei ihnen und bei all denen Menschen in der Schweiz, die zu Recht erwarten, dass wir uns für ihre Sicherheit einsetzen und auch, dass wir mit Steuergeldern sorgsam umgehen». Dass das Herumfliegen von Angehörigen mit Helikoptern, Trinkgelage oder Goldvreneli-Geschenke einfach auf die unbegrenzte Spesenrechnung gesetzt werden können, gibt es wohl nur im Militär. Der ehemalige VBS-Chef Guy Parmelin ver-

sicherte darauf hin, dass solche Exzesse nun vom Tisch seien. Abhilfe soll ein neues Spesenreglement schaffen, das auch für Generäle gelte. Er erklärte sich den lockeren Umgang mit unseren Steuergeldern ebenfalls als eine Art «Tradition».

Rechtsextremer Unteroffizier

Auch in den unteren Rängen der Armee brodelte es im letzten Jahr: So wurde zum Beispiel ein Mitglied einer rechtsextremen Gruppierung aus der Innerschweiz, die dem Netzwerk «Blood & Honour» nahesteht, zum Unteroffizier befördert. Dies obwohl gegenüber extremistischem Gedankengut bei der Rekrutierung eine Nulltoleranz herrsche, wie Armee-Sprecher Stefan Hofer gegenüber dem Sonntagsblick beteuerte. Dass dieses rechtsextreme Netzwerk in diversen Staaten verboten ist und auch über einen bewaffneten Arm verfügt, scheint noch nicht ins VBS durchgedrungen zu sein.

Misshandlung eines Rekruten

Nicht minder schockierend war dann auch das Video aus der Rekrutenschule in Emmen, das Ende Oktober viral gegangen ist. Es zeigt, wie Soldaten einen Kollegen mit Steinen und Nüssen bewarfen – zur Strafe. Es zeigt auch auf beängstigende Weise wie gnadenlos einige Rekruten dabei vorgehen, offensichtlich ohne dabei ihre Handlung zu hinterfragen.

Diese Steinigung rief wiederum Armeechef

Phillipe Rebord auf den Plan. Er dulde ein solches Vorgehen nicht und besuchte die besagte RS. Die Militärjustiz ermittelte, auf Twitter schrieb das VBS von «Misshandlung eines Tessiner Rekruten». Gegen den Kommandanten wurden fünf Tage Arrest verhängt. Wie weit die Kritik an solchen Vorfällen im Militärapparat wirklich geht oder ob solches Verhalten nicht doch viel zu oft als normal betrachtet wird, bleibt aber offen. So beklagte sich die Militärzeitschrift «Schweizer Soldat» nach dem Vorfall über «Fake News» und über die «armeefeindlichen Medien», die über diesen Vorfall berichtet haben. Die Misshandlung des Rekruten bezeichneten sie verharmlosend als «Bieridee».

Doch nochmals zurück zur Armeespitze: Im anfänglich erwähnten Interview mit Radio SRF wurde Armeechef Rebord gebeten, den Satz «Trotz dreissig Jahren Berufsmilitär bin ich kein «Militärgring», weil...» zu beenden. Seine Antwort: «Weil ich selbstkritisch bin.» Dies sei ersichtlich an seinem «ordentlichen Verhalten». Beruhigend ist eine solche Aussage keineswegs, denn diese deklarierte Selbstkritik hatte offensichtlich keinen grossen Einfluss auf das «traditionelle» Verschwenden von Steuergeldern. Dass ihr Verhalten nicht in Ordnung ist, musste der Militärkaste einmal mehr von kritischen Stimmen ausserhalb ihrer Militärlogik klargemacht werden.



KAMPFJETS

Unnütze Werbeflüge

Die Schweizer Luftwaffe trainierte am Ende des vergangenen Jahres mit zehn F/A-18-Kampffjets in Schottland. Für Kampffjet-Fans mögen dabei schöne Bilder entstanden sein. Aus objektiver Sicht sieht es anders aus: Die Flüge richteten vor allem Schaden an. Von Martin Parpan

1,3 Millionen Liter Kerosin verbrauchte die Luftwaffe während der vier Wochen für die zehn F/A-18 Kampffjets. 40 Piloten, 100 Angehörige des Bodenpersonals und 18 Schiffscontainer voller Ersatzteile wurden 1850 Kilometer in den Norden transportiert.

Der Grund für diesen logistischen Mammutaufwand wird damit gerechtfertigt, dass in der Schweiz Nachtflugtrainings eingeschränkt sind. Man hat sich deshalb entschieden, das Lärmproblem einfach in ein anderes Land zu exportieren. Klar ist, dass bei einem solchem Projekt die Kostenfrage gestellt werden muss. Hier wartet das VBS mit einer sehr kreativen Antwort auf: Das Ganze sei für die Schweizer Luftwaffe kostenneutral, weil der Treibstoff in Grossbritannien im Gegensatz zur Schweiz steuerbefreit ist. Die Luftwaffe kann somit über 900'000 Franken sparen. Im Klartext: Das VBS bezahlt in der Schweiz weniger Steuern

und kann mit dem eingesparten Geld auf Kosten der Steuerzahler in einem Nato-Staat trainieren. Für die SteuerzahlerInnen ist das Schottland-Abenteuer somit alles andere als kostenneutral. Erstaunliches erfährt auch, wer fragt, wieso diese Trainings ganz grundsätzlich sinnvoll sein sollen. Einig scheint man sich, dass das Training über dem weiten Meer kaum Nutzen bringt, wenn man an das gebirgige Gelände der Schweiz denkt. «Krieg üben» geht im Schottland somit schlecht. Es gehe eben unter anderem auch darum, dass die jungen Piloten beim WEF im kommenden Januar «tiefe, langsame, nächtliche Missionen» durchführen könnten, lässt das VBS verlauten. Das WEF ist, dies nebenbei bemerkt, eine private Veranstaltung.

Die Trainings in Schottland wurden von einer breiten Medienkampagne mitbegleitet. Zeitungen und Online-Medien wie auch das Schweizer Fernsehen berichteten ausführlich und unkritisch, was die Schweizer Piloten in Schottland erlebten. Es machte den Anschein, dass das VBS alles dafür tut, das ramponierte Image der Luftwaffe zu verbessern und den Boden für den geplanten Kampffjet-Kauf zu ebnet. Dafür ist offensichtlich jedes Mittel Recht. Man arbeitet mit einem Nato-Staat zusammen, verschleudert Steuergelder, richtet ökologischen Schaden an und muss dabei noch zugeben, dass das Training für Schweizer Verhältnisse gar nicht optimal ist. Kurz und knapp: Das Ganze ist absurd.

SÖLDNERGESETZ

Vergessene Gesetze?

Personal von Pilatus wartet die PC-21 Trainingsflugzeuge der saudischen Luftwaffe. Eine Bewilligung dafür hat die Schweizer Firma nicht. Von Adi Feller

Oskar Schwenk machte in seinem Interview vom 27. Oktober in der Luzerner Zeitung klar: «Wir haben alles richtig gemacht.» Seine Aussage steht im krassen Widerspruch zu jener des Seco: eine vierjährige Bewilligung für den Export gebe es nicht. Zu den erforderlichen Bewilligungen nach dem «Bundesgesetz

über die im Ausland erbrachten Sicherheitsdienstleistungen» könne das Seco nichts sagen, weil dafür das EDA zuständig sei. Dort war dann die Antwort nochmals sehr klar: Pilatus hat für die bewilligungspflichtige Entsendung von Personal nach Saudi-Arabien und in die Vereinigte Arabischen Emirate gar nie eine Bewilligung beantragt. Dies obwohl beide Einsätze bereits mehrere Jahre andauern und für Saudi-Arabien noch 2017 ein neuer Supportvertrag abgeschlossen wurde. Schweizer Techniker helfen also immer noch

dabei, die Flugzeuge zu warten, mit denen Piloten der saudischen Luftwaffe ausgebildet werden. Diese Piloten werden dann nach abgeschlossenem Training im Krieg in Jemen Bombenangriffe fliegen, wie das ihre bereits früher ausgebildeten Kollegen ebenfalls getan haben. Der Krieg im Jemen hat über 50'000 Menschen das Leben gekostet, eine nicht unerhebliche Zahl davon durch Luftangriffe der saudischen Luftwaffe.

Kontrolle ist besser

Man könnte meinen, die Lage und das weitere Vorgehen seien klar. Es gibt ein Gesetz, das eine Bewilligung für solche Dienstleistungen

vorschreibt. Pilatus hat keine Bewilligung und diese auch nie beantragt. Es dürfte eigentlich nicht schwierig sein, darauf eine behördliche Antwort zu finden.

Aber was ist seither passiert? Immerhin ist ein Verfahren eröffnet worden. Sonst nichts. Eine typische Reaktion der Schweizer Behörden, wenn es um Rüstungsgüter geht. Auf dem Papier sind die Gesetze klar und streng. Doch kontrolliert wird nur in den seltensten Fällen, weil die Behörden den Firmen vertrauen.

BESCHWERDE

Pro-P-26-Film unter Beschuss

Am 14. Dezember fand in Bern die öffentliche Beratung unserer Beschwerden gegen den einseitigen Pro-P-26-Film statt. Die UBI stimmte unserer Kritik in vielen Punkten zu. Von Josef Lang

Besonders heftig kritisiert wurden die Einleitung und der Schluss in der französisch sprachigen Version vom 21.12.17. Hier kamen Sätze vor wie: «Die Geschichte gibt ihnen [den Veteranen, Anm. d. Red.] Recht». Das Weglassen der explizit parteiischen Aussagen des zuständigen Chefs des Sendegerätes in der deutschsprachigen Version vom 21.3.18, dürfte auch damit zu tun gehabt haben, dass sich in der Zwischenzeit herumgesprochen hatte, dass dessen Vater selbst der P-26 angehört hatte. Stark kritisiert wurde auch die Behauptung im Film, «niemand» habe sich während der Jahrzehnte des Kalten Krieges der Rüstung widersetzt. Man bedenke, was allein im P-26-Jahrzehnt 1981 bis 1990 gelaufen ist: drei Grossdemonstrationen gegen die Aufrüstung mit 20'000 bis 40'000 Teilnehmenden, 43% für ein Rüstungsreferendum, zahlreiche spektakuläre Prozesse gegen Militärdienst-

verweigerer. Last but not least fallen das Zustandekommen und die 36% Ja-Stimmen für die GSoA-Initiative ins, laut Film, oppositionslose P-26-Jahrzehnt.

Auch die UBI betrachtete das Fehlen eines Mitglieds der PUK-EMD als fragwürdig. Besonders unverständlich sei, warum deren Vizepräsident Werner Carobbio nicht für die deutschsprachige Version vom 21.3.18 angefragt wurde. Beim Szenario «Innerer Umsturz» wurde die «Vermischung von Fakten und Meinungen» moniert. Einen weiteren Schwachpunkt erblickte die UBI im Übergehen der starken politischen Veränderungen zwischen den 1950er und den 1980er Jahren. Kritisiert wurden auch die zum Teil hanebüchene Antworten der Deutschschweizer Fernsehverantwortlichen auf unsere Beanstandung und Beschwerde.

Die inhaltliche Diskussion innerhalb der UBI bestärkt uns im Engagement gegen die Rehabilitierung der P-26. Deren Mitglieder können gar nicht rehabilitiert werden, weil sie – im Unterschied zu den 6347 Militärverweigerern allein im P-26-Jahrzehnt – gar nie strafrechtlich belangt wurden.

TESSIN

Die rechte Regierung im Tessin rehabilitiert die P-26

Am 19. November publizierte der Tessiner Regierungsrat seine Antwort auf eine Frage von Matteo Pronzini (Movimento per il Socialismo) und Carlo Lepori (SP) zur Teilnahme Norman Gobbi (Lega) an einer Feier zu Ehren ehemaliger Tessiner Mitglieder der P-26 im Oktober 2015. Von Tobias Schnebli

Die 24-seitige Antwort übernimmt vollumfänglich die Thesen der Verfechter der P-26-Rehabilitierung. Man findet darin sogar dieselben, der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Texte der militärhistorischen Gesellschaft des Kantons Zürich. Deren Präsident ist Werner F. Nöthiger, der Hauptverantwortliche der P-26-Rehabilitierung. Die drei Thesen können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission, die 1990 zum Schluss gekommen war, dass die Geheimearmee «an sich eine potentielle Gefahr für die verfassungsmässige Ordnung darstellt», sei durch das überheizte politische Klima rund um die Fichenaffäre verfälscht worden;

2. Neue historische Untersuchungen und Aussagen von Veteranen, die seit 2009 nicht mehr der Geheimhaltung verpflichtet sind, zwingen zu einer erneuten Evaluation der P-26, die der

von 1990, die «von Medien und Politik konditioniert war», widerspricht;

3. Die Schaffung der P-26 ist im Sinne einer Weiterentwicklung des militärischen Widerstands gegen die Fremdbesetzung, die auf 1940 zurückgeht, zu sehen.

In seiner Ansprache bei der Feier bedauerte Gobbi die Rolle der Medien in der «Hexenjagd», die auf die Aufdeckung der P-26 folgte. Er bedauerte ebenfalls dass die Veteranen, die bis anhin der Geheimhaltung unterworfen waren, «sich nicht hätten gegen die Anschuldigungen wehren können (...) und somit als Vaterlandsverräter bezeichnet wurden.» Der Tessiner Regierungsrat kommt zum Schluss, dass es vollkommen berechtigt sei, «den Frauen und Männern zu danken, die ihre Zeit einem wichtigen, wenn auch umstrittenen Teil der Schweizer Verteidigungspolitik, der Demokratie und den Bürgern widmeten.» Diese Äusserungen erinnern an die Einleitung des vom Westschweizer Radio und Fernsehen produzierten Dokumentarfilms über die P-26: «durch den Dreck gezogen und alles Bösen bezichtigt (...) aber die Geschichte, Sie werden es sehen, gibt ihnen Recht. Es waren Patrioten, mutige Männer und Frauen.»

WAFFENGESETZ

Die tödliche Gefahr im Wandschrank

«Schusswaffen sind dort gefährlich, wo sie sich befinden – das ist in der Regel zuhause»: Obwohl diese Erkenntnis nicht mehr die Neueste ist, bleibt sie aktuell. Dies zeigt unter anderem das Referendum gegen die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinien. Von Anna Naeff

Im September 2018 entschied sich das Parlament für eine Revision des Waffenrechtes. Mit der neuen Gesetzgebung bewegt sich die Schweiz nun im Rahmen des Schengen Abkommens und erhält sogar eigens zugeschnittene Ausnahmen. So darf die Armeewaffe einzig mit einem Waffenerwerbsschein am Ende der Dienstzeit weiterhin behalten werden. Eine Ausnahmegewilligung braucht neu, wer ein Magazin mit über 20 Schuss oder eine Armeewaffe kaufen will. Über die Verkäufe von Magazinen wird aber nicht Buch geführt werden. Mit der Revision soll auch eine Markierungspflicht für wichtige Waffenteile (Verschluss, Verschlussgehäuse und Lauf) eingeführt werden. Diese Massnahme ermöglicht mit einem geringen Mehraufwand die Zurückverfolgung der Waffenbestandteile.

Medien und nationale Stellen, wie beispielsweise das fedpol, sind sich einig: «Bundesrat und Parlament haben die EU-Waffenrichtlinie pragmatisch und unbürokratisch umgesetzt und sind den Schützen und den Kantonen entgegengekommen.» Trotzdem ergriffen die Schützenverbände unter dem Namen Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz das Referendum und wir werden nun gezwungen sein, über die Übernahme der Waffenrichtlinie abzustimmen.

Ordonnanzwaffe als Gefahr

Die Revision des Waffenrechtes ist ein dringend nötiger Schritt in die richtige Richtung. Dies zeigt das aktuelle Informationsblatt «Häusliche Gewalt und Tatmittel Schusswaffe» des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG). Noch immer besitzen in der Schweiz überdurchschnittlich viele Privathaushalte Schusswaffen: Vor wenigen Jahren schätzte das EJPD, dass um die zwei Millionen Schusswaffen in Schweizer Haushalten gehortet werden. Davon sind rund 900'000 ehemalige und rund 260'000 aktuelle Armeewaffen. Berücksichtigt man die militärischen Schusswaffen nicht, sondern nur die Privatwaffen, so liegt die Schweiz im europäischen Vergleich im Durchschnitt. Zwar ging die Übernahme der Armeewaffe beim Ende der Dienstpflicht nach den Gesetzesänderungen von 2004 (Reduktion des maximalen Dienstalters) und von 2010 (Waffenerwerbsscheinpflicht nach Ende der Dienstpflicht) deutlich zurück. Dennoch sind immer noch mehr als die Hälfte aller Waffen in Privathaushalten Armeewaffen.

Weniger Schusswaffen – weniger Tote

Laut Zahlen des Bundesamts für Statistik war zwischen 2009 bis 2016 bei gut einem Drittel der vollendeten Tötungsdelikte in der Schweiz eine Schusswaffe verwendet worden. Die Verletzungen durch Schusswaffen gerade im häuslichen Bereich sind in den meisten Fällen viel fataler als die Verletzungen durch andere Gegenstände. Hinzu kommt, dass in neun von zehn Fällen von Mehrfachtötungen mit anschliessendem Suizid eine Schusswaffe



Abstimmungsplakat aus dem Jahr 2011

eingesetzt wird. Mit einem anderen Tatmittel wären solche Verbrechen technisch und psychisch viel schwieriger zu vollbringen. Eine Verschärfung des Waffenrechtes wäre also nicht nur sinnvoll, sondern absolut notwendig. Langzeitstudien aus Österreich, Kanada und Australien belegen, dass nach einer Verschärfung des Waffengesetzes die Tötungen durch Schusswaffen abnahmen.

Aber auch die Ausführung des Bundesamts für Statistik unterstreichen die Dringlichkeit: Eine Reduktion von 22% der vollendeten Tötungsdelikte im häuslichen Bereich im Zeitraum zwischen 2009 und 2016 verglichen mit jenem zwischen 2000 und 2004, könnte in einem direkten Zusammenhang mit der verringerten Anzahl Armeewaffen in Schweizer Haushalten stehen.

100 JAHRE WAFFENSTILLSTAND VON 1918

Den «Krieg gegen den Krieg» führen, auch heute noch!

Nach den Gedenkfeiern zum Waffenstillstand des Ersten Weltkriegs haben wir beschlossen, einen Text von Daniel Mermet abzudrucken, einem französischen Journalisten und Schriftsteller, der versucht, das Gedächtnis der Bourgeoisie, der Machthaber aufzufrischen, die ständig versuchen, die Geschichte zu ihrem Vorteil neu zu schreiben. An vorderster Front der französische Präsident Emanuel Macron und seine wahnhaften Aussagen über Marschall Pétain!

«Sie kämpften, damit Frankreich Frankreich bleibt». Mit brechender Stimme beschrieb Macron die Poilus als Widerstandskämpfer und Helden, die gestorben seien, um Frankreich zu retten. Aber Frankreich lehnt seit einem Jahrhundert diese Lüge von Gebieten und dekorierten Schlägern ab. Nein, sie haben sich nicht aufgeopfert, sie wurden geopfert. Der Chemin des Dames ist nicht der Vercors. Nein, sie haben nicht zugestimmt, sie wurden gezwungen. Jeder in Frankreich hat einen Grossvater, der zu diesem Kanonenfutter gehörte. In diesen vier Jahren des fadenscheinigen Gedenkens hat sich die Erinnerung trotz allem bei der Bevölkerung durchgesetzt. Ein gefundener Brief, ein Name auf Marmor, eine

Zeichnung in einem Notizbuch, ein Stück Schuh, Schweigen. Nichts Ruhmreiches in diesem Schweigen, sondern endlose, namenlose Leiden. Eine Benommenheit. Sie in Widerstandskämpfer zu verwandeln, ist eine Beleidigung an ihr Gedenken, ebenso wie an das Gedenken der Widerstandskämpfer des Limousin oder des Roten Plakats. Verrückt vor Angst, Läusen und schlechtem Wein, liegen sie halb zerfetzt im Dreck der Gräben, nie akzeptierte das Kanonenfutter, Kanonenfutter zu sein. Nie. Der Poilu, dieser Held, ist die Figur, die die Oligarchie seit einem Jahrhundert aufzwingt, von Gedenkfeiern bis Aufführungen, von Filmen bis Schulbüchern, von der wissenschaftlichen Forschung bis zum Comic. Für Macron und seine alte Welt geht es darum, das vergessen zu machen, was Anatole France sagte: «Man glaubt, für das Vaterland zu sterben, aber man stirbt für die Industriel». Dieses Zitat bietet heute jedoch immer noch genug Gesprächsstoff.

Dieser Krieg war der Ursprung totalitärer Gewalt, aber auch das Mittel um die Arbeiter und Bauern zu entmachten. Der Chauvinismus diente dazu, die tiefe soziale Bewegung des frühen 20. Jahrhunderts zu zerstören. In den ersten neun Monaten des Krieges wurden 500'000 junge Franzosen getötet. Mit Zustim-

mung? Damit Frankreich Frankreich bleibt? Ja, das von Nivelle, von Foch, von Mangin, von Pétain, der Banken und der Grossindustrie, und der Politik, die diesen diente, d.h. die Welt von Macron, die schöne Welt mit dem Blut der Armen auf den weissen Handschuhen, die schöne Welt, die die volle Verantwortung für dieses Massaker trägt, die schöne kriminelle Welt. «Ein Massaker zwischen Menschen, die sich nicht kennen, zum Wohle der Menschen, die sich kennen und sich nicht gegenseitig töten», sagte Paul Valéry. Ist das eine Art, es im Nachhinein zu betrachten, nach der Schlacht? Nein. 1915 schrieb Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis, in dem sie wegen Anstiftung zum Ungehorsam inhaftiert war, in ihr Tagebuch:

«Der Krieg zwischen den Nationen hat den Klassenkampf erzwungen, den brudermörderischen Kampf des Proletariats, ein Massaker von beispiellosem Ausmass. Diese Millionen von Toten, neun von zehn sind Arbeiter und Bauern, es ist ein neuer, industrieller Krieg, der im Namen des Nationalismus ausgelöst, aber für die Marktbeherrschung geführt wurde. Dieser Krieg öffnet in Wahrheit den Weg zur Globalisierung des Kapitals, zur Umwandlung aller Reichtümer, aller Produktionsmittel in Güter und Aktien. Es verwandelt Menschen in Menschenmaterial. Es ist die Zukunft eines humanistischen Sozialismus, die dieser Krieg zerstört.»

Wir, unsere Helden, unsere Widerstandskämpfer, sind die 15'000, die jährlich desertierten, es waren zuerst die Meuterer, die Tausenden von Meuterer, die den Kolben in die Luft hielten, die 3'700, die verurteilt wurden, die 953, die erschossen wurden, um ein Exempel zu statuieren, unsere Helden sind auch die freiwillig Verstümmelten und all jene, die die Chanson de Craonne summten, auch wenn es

bedeutete, mit dem Gewehrkolben die Zähne rausgeschlagen zu kriegen. Ja, diese «kämpften, damit Frankreich Frankreich bleibt». Unseres. Das von Georges Mermet, meinem Vater. Auch kein Held, sondern «Fleisch», einer seiner Ausdrücke, als er uns vom Chemin des Dames, der Somme, Italien erzählte, «Wir waren Fleisch». Mein Vater wurde im Mai 1897 geboren, war ein Goldschmiedelehrling aus Belleville, wurde Anfang 1916 aufgeboden, war an allen Fronten und mit allen Wunden bis zum Ende. Aufgeschlitzt, verbrannt, traumatisiert, er hat das nicht für Ihr Frankreich getan, Herr Macron. Ich will nicht für ihn sprechen, man eröffnet keinen Laden auf einem Friedhof, aber zur Erinnerung an ihn möchte ich nur diesen 13. Mai 1993 bei seiner Beerdigung in der Kirche in unserem roten Vorort erwähnen. Reden, Blumen und Erinnerung, als sich zwei Herren näherten und eine Trikolore auf dem Sarg ausbreiteten. Aus dem Rathaus? Von einer Veteranenorganisation? Jedenfalls schlüpfte sofort, auf Wunsch unserer Mutter, einer von uns zu ihnen und bat sie, dieses Stück Stoff sofort zu entfernen. Dies taten sie alsbald, langsam so dass das schöne blonde Holz des Sarges zum Vorschein kam, blond wie Georges Haar, als er zwanzig Jahre alt war am Chemin des Dames.

Daniel Mermet

Leserbrief

zum Artikel «Die syrische Tragödie», GSoA-Zitig 176

Was in Deraa als Aufstand für Freiheit und Demokratie begann, wurde rasch von gut organisierten sunnitischen Gruppen vereinnahmt, die hofften, endlich die (schiitischen) Alawiten an der Staatsspitze loszuwerden und einen sunnitisch geprägten Staat errichten zu können. Die Stossrichtung änderte sich gründlich. Es ging nun um einen Regime-Wechsel und um das Ende des laizistischen Staates. Damit gerieten aber nicht nur die Alawiten ins Visier der Aufständischen, sondern auch alle andern Minderheiten, Drusen, Christen sowie jene Mehrheit der Kurden, denen die kurdische Solidarität wichtiger ist als die sunnitische. Für diese Minderheiten, zusammen ein Drittel der Bevölkerung, war die Rechnung klar: „Unter dem Baath-Regime sind wir in Gefahr, wenn wir etwas gegen die Regierung tun. Doch unter den Aufständischen sind wir in Gefahr, weil wir etwas sind, also beispielsweise Christen.“ Damit wandten sich diese Minderheiten von den Aufständischen ab und setzten ihre Hoffnung auf das kleinere Übel, auf die Regierung.

Die Einmischung ausländischer Mächte verlängerte und verschärfte den Krieg. Saudi-Arabien und der Iran tragen in Syrien ihre Rivalität aus, durch Lieferung von Waffen und Geld durch die Saudis an die sunnitischen Rebellen und durch den Iran an die schiitisch geprägte Regierung. Die Türkei kann unbehindert gegen die Kurden vorgehen. Israel hat Frieden an der Nordgrenze, solange die Syrer mit sich selbst beschäftigt sind, und unterbricht mit Luftschlägen die Nachschublinien der Hizbollah. Russland auf der Seite der Regierung kann seine Stützpunkte in Syrien ausbauen und damit seinen Einfluss im Nahen Osten verstärken, die USA liefern Waffen an die Rebellen, um wenn möglich aus dem schiitischen Bogen Iran-Irak-Syrien-Hizbollah das vermeintlich schwächste Glied, Syrien, zu eliminieren.

Dass das Baath-Regime eine brutale Diktatur ist, steht ausser Zweifel. Dass aber die radikalen Kräfte unter den Aufständischen, die heute die Oberhand haben, noch gefährlicher sind, hat sich im Verlaufe des Krieges nur zu deutlich erwiesen.

Felix Ziegler, Regensdorf

Verständnishilfen für den Text

Poilus: (wörtlich «Behaarte»): so wurden die französischen Soldaten genannt, die während des Ersten Weltkrieges aufgeboden wurden

Chemin des Dames: Ein rund 30 km langer Weg im französischen Department Aisne, der eine strategische Zone war und wo sich mehrere blutige Schlachten zwischen 1914 und 1918 abspielten

Vercors, Limousin: Bastionen der französischen Resistance im Zweiten Weltkrieg

Chanson de Craonne: Antikriegslied, das in den französischen Schützengräben zum ersten Mal gesungen wurde (siehe <https://www.antiwarsongs.org>)



SEKRETARIAT

Das Seki in Genf erneuert sich

Im Januar haben Muriel Waeger und Julien Repond das Seki Genf verlassen. Sie hatten innerhalb eines Jahres intensivster Arbeit dazu beigetragen, dass die GSoA in der Westschweiz wieder aktiver wird. Die freiwerdenden Posten werden durch Aline Bressoud und Thomas Bruchez besetzt. Diese konnten ihre Begeisterung und ihre Motivation an der Arbeit bei der GSoA bereits unter Beweis stellen.

Von Jean Burgermeister

Muriel und Julien haben zu einer Erneuerung der Regionalgruppen beigetragen, die in den letzten Monaten viele Aktionen veranstaltet haben. Die beiden konnten dank ihrer motivierten und enthusiastischen Art den Gruppen eine neue Dynamik verleihen. Beiden war es wichtig, mit den AktivistInnen zusammenzuarbeiten und die Leidenschaft für ihre Arbeit so weit wie möglich zu verbreiten.

Sie waren ebenfalls sehr aktiv beim Einreichen der Kriegsgeschäfte-Initiative letzten Juni sowie bei der Gründung der Westschweizer Komitees zur Unterstützung der Korrektur-Initiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer. Wir lassen Muriel und Julien nur sehr ungern weiterziehen, aber freuen uns, dass sie sich weiterhin für die Anliegen der GSoA engagieren werden und sind glücklich, weiterhin auf ihre Unterstützung zählen zu können.

Ersetzt werden Muriel und Julien durch **Aline Bressoud** und **Thomas Bruchez**. Aline kommt ursprünglich aus Neuenburg, lebt aber heute in Lausanne. Da sie in zwei Westschweizer Kantonen zu Hause ist, kann sie an beiden Orten helfen, die GSoA weiterzuentwickeln. Alines Leidenschaft für den Antimilitarismus wird uns bestimmt helfen, unsere Kenntnisse und unsere Argumente in allen Bereichen, die wir behandeln, zu verfeinern. Die überzeugte Feministin wird sicherlich ebenfalls die patri-

archale Seite der Armee zu bekämpfen wissen. Thomas Bruchez, seinerseits, ist ein engagierter Aktivist der Genfer Juso. Diese Erfahrung wird für die GSoA bestimmt zu einem wichtigen Gewinn. Thomas hat eine ausgeprägte Fähigkeit, Unterschriften zu sammeln und ist perfekt zweisprachig. So kann er ein gutes Bindeglied zwischen den französisch- und deutschsprachigen Regionalgruppen sein.

Das neu zusammengesetzte Seki ist sehr motiviert, dort weiterzumachen, wo Julien und Muriel aufgehört hatten. In diesem Jahr wird es für die GSoA viele Gelegenheiten geben, aktiv zu werden. Und trotz der geänderten Zusammensetzung bleibt unsere Entschlossenheit

dieselbe. Wir werden unsere engagierte Arbeit gegen Armee, Kriegsgeschäfte und vor allem gegen den Krieg und seine grausamen Folgen fortsetzen. Doch das Seki (beziehungsweise die Sekretärinnen und Sekretäre) alleine könnte nichts ändern, wenn es nicht auf die Unterstützung der Mitglieder und UnterstützerInnen der GSoA zählen könnte. Die spektakuläre Mobilisierungswelle für die Korrektur-Initiative in den letzten Wochen hat uns wieder vor Augen geführt, wie wichtig diese Unterstützung ist. Das neue Genfer Seki-Team kann es kaum erwarten, all diejenigen kennenzulernen, die tagtäglich die GSoA ausmachen.



Aline Bressoud



Thomas Bruchez

GREGOR.

das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



* Hilf Gregor, die 100 zu erreichen (oder zu übertreffen), und befreunde dich noch heute mit „Gregor Gewehr“ auf Facebook! Der/die 100. Freund*in gewinnt ein Gregor-T-Shirt.

GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Str./Nr. _____ PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampffjets!»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Gregor»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
<input type="checkbox"/>	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set		Fr. 5.-	
<input type="checkbox"/>	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:					
<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
Versandkostenanteil					Fr. 4.80
Ich werde GSoA-Mitglied <input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.- <input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-					
Spende <input type="checkbox"/> Fr. _____ <input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-					
Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich <input type="checkbox"/>					
Rechnungsbetrag					



Impressum

Redaktion: Jean Burgermeister (jb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Nicloas Félix (nf), Adi Feller (af), Daniela Fischer (df), Mélanie Glayre (mg), Ronja Jansen (rj), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Anna Naeff (an), Oger (og), Martin Parpan (mp), Julien Repond (jr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Muriel Waeger (mw), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Übersetzung:** Catherine Jost **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 18 800, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, <https://www.gsoa.ch/shop>